Universitäten eher dürftig.[2] Unter all dem leidet die Darstellung. Sie leidet aber auch unter der zunehmenden Unschärfe, je weiter der Gegenstand sich in östlicher Richtung bewegt. Zu den „nicht untersuchten deutschen Universitäten" gehören die preußischen, geographisch offenbar abseitigen in Greifswald, Königsberg, Breslau und Halle. Dafür erscheint die Universität Gießen unabhängig von ihrer Bedeutung stark vertreten.

Man hätte sich gewünscht, daß das Wechselverhältnis zwischen Staat und Universität in der Berufungspolitik deutlich wird, Besonderheiten und allgemein Gültiges bei den neu errichteten Lehrstühlen geschildert und Schnittstellen in der universitären Entwicklung sichtbar gemacht worden wären, wie beispielsweise die eher heimlichen Anstellungen der Göttinger Sieben.[3] Dennoch bleibt als Fazit: hier ist ein eher schwieriges, weithin unbearbeitetes Terrain erschlossen worden, das noch weiterer vertiefender Studien bedarf.

Liebertwolkwitz Gerald Wiemers

Ingeborg Titz-Matúszak, Bernhard August von Lindenau (1779–1845). „Feind der Reaction und der Revolution". Eine politische Biographie. Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger, Weimar 2000. 279 S. (= Veröffentlichungen aus thüringischen Staatsarchiven 5/1)

Das politische Leben des 1779 in Altenburg als zweiter Sohn des kursächsischen Appellationsgerichtsrates und späteren sachsen-altenburgischen Landschaftsdirektors Johann August von Lindenau und dessen Ehefrau Agnes Senfft von Pilsach geborenen Bernhard August von Lindenau umfaßte die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts: Es waren dies ohne Zweifel fünf Jahrzehnte der Auseinandersetzung mit den aus dem 18. Jahrhundert überkommenen Zuständen, des Umbruchs, der Begründung von Neuem auf dem Wege der Reform und einer sieglosen bürgerlichen Revolution in Deutschland. Diese Jahrzehnte prägten nicht nur das Leben des Politikers und Wissenschaftlers Lindenau, er gestaltete zumindest aus landesgeschichtlicher Sicht einige grundlegende Prozesse aktiv mit. Das betrifft die Verfassungsgebung für das Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg nach 1820 ebenso wie die umfassende Staatsreform im Königreich Sachsen ab 1830. Als die bürgerliche Revolution im März 1848 die deutsche Staatenwelt erfaßte und zur Konstituierung eines deutschen Parlamentes in Frankfurt a. M. geschritten wurde, da ließ sich Lindenau für die Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung in Altenburg als Kandidat aufstellen, erhielt mit 8611 Stimmen das zweite

---

[2] Für Leipzig werden nur zwei Darstellungen angeführt: Herbert HELBIG: Universität Leipzig, Frankfurt/M., 1961, und Lothar RATHMANN (Hg.), Alma mater Lipsiensis. Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, Berlin 1984. Davon ist die eine durch neue Erkenntnisse überholt und die andere durch ideologische Überfrachtung unbrauchbar.

[3] Formale aber ärgerliche Fehler wie z. B. die falsche Schreibweise von Erwin Rohde und Curt Wachsmuth (S. 168), ersterer fehlt dann auch noch im Register unter dieser Seite, sind der lektoralen Durchsicht geschuldet. Unzulänglich sind die Vermutungen zu Paul Drudes Tod (S. 233) und die Anmerkung 257 (S. 337) zu Peter Debye, der 1935 zum Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik ernannt worden war und planmäßig 1940 eine Studienreise an die Cornell-Universität in Ithaca angetreten hat.

Mandat und vertrat vom 8. Mai bis 16. September 1848 das Herzogtum Altenburg als zweiter Abgeordneter in der Paulskirche.

Diesem für Sachsen und Thüringen gleichermaßen bedeutenden Politiker ist auf der Grundlage des umfangreichen archivalischen Quellenmaterials vor allem in den Thüringischen Staatsarchiven Altenburg, Gotha und Weimar wie im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden eine interessante, materialreiche und sehr lesenswerte biographische Studie gewidmet, die noch durch einen eigenen Quellenband ergänzt wird. Sie ist allerdings nicht die erste Untersuchung, die den Politiker Lindenau zum Gegenstand hat, und sie wird mit Gewißheit auch nicht die letzte sein.

Die Studie ist in vier große Abschnitte gegliedert, in denen erstens die politische Tätigkeit Lindenaus im Herzogtum Sachsen-Gotha-Altenburg von 1798 bis 1826/27, zweitens die Zeit seiner Wirksamkeit im Königreich Sachsen als Bundestagsgesandter, Geheimer Rat und Direktor der Landes-Ökonomie-, Manufaktur- und Kommerziendeputation sowie als Minister des Innern und Vorsitzender des Gesamtministeriums von 1827 bis 1843, drittens seine Verantwortung als Präsident des Landtages des Herzogtums Sachsen-Altenburg von 1831 bis 1848 und viertens seine Rolle als Abgeordneter in der Frankfurter Nationalversammlung 1848 behandelt werden. Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein vorzüglich gearbeitetes Personenregister vervollständigen die Publikation. Aus der Sicht der sächsischen Landesgeschichtsforschung sind vor allem zur Schilderung um die Staatsreform einige kritische Bemerkungen anzufügen. Nach dem Juli 1830 kann man nicht von „zahlreichen Aufständen" im Königreich Sachsen sprechen (S. 103), es sei denn, man versteht darunter die Septemberunruhen 1830 und die Aprilunruhen 1831. In Leipzig begannen die Unruhen am 3. September 1830 und nicht am 6. (S. 103). Man merkt gerade diesem Abschnitt an, daß die vortreffliche Untersuchung von Michael Hammer über die kleinbürgerliche Revolution in Sachsen[1] nicht beachtet worden ist. Eine gleiche Feststellung gilt für die Ausführungen zum Gesetz über Ablösungen und Gemeinheitsteilungen und über die Landrentenbank. Nicht Lindenau und nicht Schaarschmidt sind die Urheber der Landrentenbank (S. 118), sondern der Kaufmann, Finanzier und Rittergutsbesitzer Karl Heinrich Schütze auf Schweta bei Meißen reichte einen schriftlich begründeten Plan 1831 ein[2]. Die Ende 1831 eingerichteten ministeriellen Fachressorts heißen Ministerium – die Bezeichnung Staatsministerium gab es in Sachsen nicht. Leider wurde auch neueste Forschungsliteratur nicht beachtet.[3] Schließlich ist der wichtige, noch heute gültige Aufsatz von Hellmut Kretzschmar (nicht Kretzmar wie im Literaturverzeichnis) aus dem Jahre 1931 im Neuen Archiv für Sächsische Geschichte unter dem Titel „Die sächsische Verfassung vom 4. September 1831" unberücksichtigt geblieben.

Chemnitz Reiner Groß

---

[1] Michael HAMMER, Volksbewegung und Obrigkeiten. Revolution in Sachsen 1830/31, Köln, Weimar, Wien 1997.

[2] vgl. Reiner GROSS, Die bürgerliche Agrarreform in Sachsen, Weimar 1967, S. 135.

[3] Außer der schon genannten Untersuchung von HAMMER fehlen auch die Arbeit von Volker KNÜPFER, Presse und Liberalismus in Sachsen, Weimar, Köln, Wien, 1996, das Dresdner Heft Nr. 26 von 1991 und der von Jürgen JOHN herausgegebene Sammelband über Kleinstaaten und Kultur in Thüringen vom 16. bis 20. Jahrhundert, Köln, Weimar, Wien 1994.